

8.7.1916

* Ueber angeblichen Mehlmangel in Berlin äußert sich der Magistrat folgendermaßen: An einigen Stellen glaubt man die Beobachtung gemacht zu haben, daß in einzelnen Bäckereien Berlins ein gewisser Mehlmangel sich zeige. Diese Erfahrung wird mit Organisationsfragen in Zusammenhang gebracht und daran die Frage geknüpft, warum nach vielmonatigem Funktionieren der Mehloerteilung jetzt Schwierigkeiten entstehen. Die Frage ist in der Tat berechtigt, denn es haben die Schwierigkeiten, soweit sie an einzelnen Stellen aufgetaucht sein sollten, mit irgendwelchem Organisationsmangel an Reichs- oder kommunalen Stellen nichts zu tun. Es handelt sich vielmehr um Uebergangsschwierigkeiten, die erfahrungsgemäß bei ihrer Aenderung der Wirtschaftslage leider unvermeidlich sind. Bekanntlich hat die Reichsgetreidestelle den erhöhten Satz nicht beibehalten, vielmehr sich zu einer Herabsetzung entschlossen. Dem mußte man in Groß-Berlin durch Verminderung der Gebäckportionen und durch erhebliche Beschränkung der Zahl der ausgegebenen Zusatzarten folgen. Den Bäckern durfte demgemäß nur ein entsprechend geminderter Mehlbetrag zugeteilt werden. Sie mußten ihren Betrieb hierauf einstellen; eine Notwendigkeit, die sich, wie anerkannt werden muß, nicht immer erzwingen ließ, zumal das gesetzlich vorgeschriebene Streckungsmittel für sie nicht immer in einem genügenden Maße erreichbar

war, auch die Ausgiebigkeit des Mehles von ihnen bemängelt wurde. Wie immer werden auch hier die Uebergangsschwierigkeiten bald überwunden sein. Es wird vor allen Dingen für die Bäcker darauf ankommen, die ihnen überwiesene Mehlmenge so gleichmäßig zu verteilen, daß sie bis zum Schluß der Austeilungsperiode mit dem Mehl reichen. Den Interessen der Kriegerfrauen widmet die Verwaltung in ständiger Fühlung mit der Bäckerinnung besondere Aufmerksamkeit. Auch steht zurzeit die Frage zur Prüfung, ob nicht für die Brotherstellung durch Ersparung bei anderen Gebäcksorten Mehl gewonnen werden kann.